

Links informiert

3 Langer Atem beim Klimawandel/„Energierategie 2030“

Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz

6–8 Nutheschnellstraße/Gartenstadt/Schäferweg/Kabarett und „Lazarett“

Original sozial

10 Senioren im Straßenverkehr/Patientenberatung und Rente

Atomreaktor bedroht Berlin und Brandenburg

Das Anti-Atom-Bündnis in Berlin und Potsdam führte am 03. März 2012 zwei Kundgebungen um 11.00 Uhr vor dem Rathaus Babelsberg (Foto) und in Berlin durch.

Die Bundesregierung hat im letzten Jahr den sogenannten Stress-test für den alten Atomreaktor in Berlin-Wannsee durchführen lassen. Die ergebnisoffene Prüfung durch das Abgeordnetenhaus Berlin ist noch nicht abgeschlossen. Der Senat sagt aber schon jetzt, aufgrund des TÜV-Gutachtens sei der Reaktor sicher. Der TÜV wiederum stützt sich auf die nur schriftlich vorgelegten Angaben des Betreibers HZB. Der Fragenkatalog hätte aber folgende Tatsachen erfassen müssen:

- ▶ der alte Reaktor hat keine Schutzhülle – große Gefahr eines Flugzeugabsturzes (siehe die neuen Flugrouten!)
- ▶ direkt am heißen Reaktorkern sind ungeeignete Materialien verbaut
- ▶ Riss im Kühlsystem

▶ in einer einfachen Halle mit Blechdach lagern 800 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktivem Atom Müll

▶ der Atomreaktor gibt jährlich ein Vielfaches der Menge eines wesentlich größeren Atomkraftwerkes an hoch-

radioaktivem Tritium an die Luft ab ▶ Transport radioaktiver Materialien auf öffentlichen Straßen.

Keine andere deutsche Großstadt duldet so etwas auf ihrem Stadtgebiet! Mehrere 100.000 Menschen sind betroffen, wenn es zu einer Kern-

schmelze im Reaktor oder einem Brand im Zwischenlager kommt.

Es gibt nur eine sichere Lösung: Die sofortige Stilllegung sowie der Abriss des Berliner Atomreaktors!

Berliner und Potsdamer Anti-Atom-Bündnis



Auf ein Wort...

Freiheit UND Gerechtigkeit



Kein Witz oder vorfristiger Aprilscherz war im ersten Quartal 2012 der Medienrummel rund ums Bundespräsidentenamt. Das gipfelte dann in der konzertierten Auslobung des „Präsidenten der Herzen“ in der medialen Berichterstattung vor, während und nach der Wahl des Pastors aus dem hohen Norden. Ohne Witz – was bietet Herr Gauck so an?

Thilo Sarrazin sei zum Beispiel „mutig“, sagte Gauck mit Blick auf dessen umstrittene Thesen. Auch zur Vortragsdatenspeicherung äußerte sich der wendige Pastor bereits: „Ich sehe die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht in der Gefahr, zu einem Spitzelstaat zu werden.“ Gaucks Haltung zu Hartz IV: Der Pastor im Ruhestand kritisierte die Bezeichnung Montagsdemonstration für die Proteste gegen Hartz IV. „Funktionierenden Sozialsysteme, die der ganzen Bevölkerung zugute kommen, hat bislang nur der Kapitalismus zuwege gebracht – jedenfalls der, auf den die Bezeichnung soziale Marktwirtschaft zutrifft.“ Und so ist die Occupy-Bewegung in die Tonne zu drücken, denn sie werde „bald abebben“, sagte Gauck. Die Antikapitalismusdebatte sei „unsäglich albern“, sagte Gauck laut einer Pressemitteilung.

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Unser Favorit:

Neubau am Brauhausberg

Die Frage nach der Zukunft der Potsdamer Bäderlandschaft ist vor allem eine Frage nach dem besseren Standort. Im April sind die Potsdamer aufgerufen, in einer Bürgerbefragung die Vorentscheidung treffen, wo welches Bad gebaut wird. Welche Varianten auf den Stimmzetteln angeboten werden, war zum Redaktionsschluss noch nicht klar. Im zurückliegenden Werkstattverfahren konnten drei Vorschläge, die den Brauhausberg betreffen, deutlich in Führung gehen. Mit Abstand am wirtschaftlichsten sind die beiden annähernd identischen Neubauten am Brauhausberg und südlich der Biosphäre im Volkspark. Die Potsdamer SPD hat vorab bereits beschlossen, der Variante im Bornstedter Feld den Vorrang gegeben. Der Punkte-

(Fortsetzung auf SEITE 3)

„Wenn das nicht hoffen lässt“

Gedanken zum Christopher Street Day Potsdam 2012/Von Jirka Witschak

Im Hier und Heute kämpfen Lesben und Schwule oft um den alltäglichen Sieg über Stigmatisierung und Diffamierung. „Der/ die ist ja andersrum!“ ist eben ein Synonym für das Schubladendenken so genannter normaler Bürger. Oft sind Bezeichnungen wie „schwul“ oder „lesbisch“ als Denunziation gemeint, ohne das eigentliche Wesen des Menschen positiv und vorurteilsfrei zu sehen. Wer auf Schulhöfen steht, hört das Wort „Schwuchtel“ mehr, als das Wort „Relativitätstheorie“.

Wer sich hier Abhilfe durch das Handeln der Regierung verspricht, verlässt sich auf ein stumpfes Schwert. Das „Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm des Landes“ schließt nicht-heterosexuelle Lebensweisen alternativlos aus. Hilfe zur Selbsthilfe ist gefragt! Mit einer bewundernswerten Ausdauer nerven LSBT-AktivistInnen seit zwanzig Jahren die Regierenden, so dass Gleichstellung schrittweise erobert wird. Steter Tropfen höhlt eben doch den Stein. Mit

der erst vor kurzem beschlossenen Gleichstellung von Lebenspartner-schaften im Landesrecht macht die derzeitige Regierung einen längst überfälligen Schritt. Bleibt nur zu hoffen, dass sie sich auf Bundesebene immer wieder für die Belange von „queeren“ Menschen und Regenbogen-Familien

einsetzt.

Dass das für den „Regenbogen“ zuständige Sozialministerium erstmals massiv eine regionalere und auf Beratungs- und Präventionsprojekte abzielende Förderung ausgeteilt hat, ist zumindest eine hoffnungsvolle Nachricht in diesem Jahr. Rot-Rot setzt damit erstmals die eigene Koalitionsvereinbarung um. Hartnäckigkeit der LSBT-Gruppen ist weiter von Nöten. Besonders im Gesundheitsbereich, wie der HIV/Aids-Arbeit oder bei Beratungsangeboten, zu seelischer Gesundheit, ist der brandenburgische Acker noch weitestgehend unbearbeitet.

Das Beste zum Schluss. Fraktionsübergreifend hat die Stadtverordnetenversammlung dem Erhalt des „Leanders“ zugestimmt. Wenn das nicht hoffen lässt. In diesem Sinne Euch allen einen bunten und tollen CSD Potsdam 2012!

Der nächste Christopher Street Day Potsdam findet vom 21. April - 28. April 2012 statt. Der Queensday ist am 21. und 22. April 2012 (www.csd-potsdam.de)



(Fortsetzung von SEITE 1)

Diese und weitere neoliberale Standpunkte waren für DIE LINKE Anlass, den Pastor Gauck nicht als Bundespräsidenten zu wählen. Und nicht nur LINKE haben das erkannt. Der frühere DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer forderte Gauck z. B. auf, seine Themenpalette zu erweitern. „Es ist wunderbar, dass er das Loblied auf die Freiheit singt“, sagte Schorlemmer. „Aber er müsste auch das Loblied auf die Gerechtigkeit singen, damit sich alle die Freiheit leisten können.“ Soziale und bürgerliche Menschenrechte gehörten untrennbar zusammen. „Wer von der Freiheit spricht, der muss auch vom Brot sprechen, vom Wasser, vom Wetter, vom Frieden“, mahnte er. Dem ist kaum 'was hinzu zu fügen. Außer: Die erste Gauckrede lässt hoffen. Taten sollten folgen.
Sascha Krämer, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam

Unbequemer Zeitgenosse

Zum Tod des Antifaschisten und Spanienkämpfers Fritz Teppich/Von Peter Rau (gekürzt aus „jW“)

Der vermutlich letzte lebende deutsche Spanienkämpfer war am 25. Februar im hohen Alter von 93 Jahren verstorben. Geboren am 26. November 1918, in den stürmischen Revolutionstagen, wuchs er dennoch wohlbehütet in einer liberal gesinnten jüdischen Kaufmannsfamilie im Berliner Westend auf. Hier fand er bei den »Roten Pfadfindern« den Weg zur linken Arbeiterjugendbewegung. 1933 schickte ihn die Mutter, die kommenden antisemitischen Ausschreitungen vorausahnend, zu einer Kochlehre nach Frankreich. Nach deren Abschluss fand er eine Arbeit in einem belgischen Restaurantbetrieb...

Als im Sommer 1936 der Putsch der Generäle um Francisco Franco den Bestand der Spanischen Republik bedrohte, hielt es ihn jedoch nicht länger in Belgien. Er machte sich auf den Weg zur Iberischen Halbinsel und wurde im Baskenland, knapp 18-jährig, Mitglied einer Milizformation. Mit ihr nahm er bis zum Sommer 1937 an den Kämpfen zur Verteidigung wichtiger baskischer Städte teil und wurde Zeuge, als Flieger der faschistischen deutschen »Legion Condor« Guernica (baskisch: Gernika) dem Erdboden gleichmachten. Zum Teniente (Leutnant) befördert, wurde Teppich unter seinem Kriegsnamen Alfredo T. Salutrégui von Oberstleutnant Ibarrola, dem Kommandeur des XXII. Armeekorps der Volksarmee, in dessen Stab geholt. In dieser neuen Funktion bestritt der junge Offizier auch die folgenden Schlachten und Rückzugsgefechte. Auf der Flucht quer durch Spanien wurde er im baskischen Donostia (spanisch: San Sebastian) verhaftet. Aus dem berüchtigten Zapatari-Gefängnis gelang ihm mit Hilfe spanischer Kameraden die Flucht über die Grenze nach Frankreich

und weiter nach Belgien. Allein: Die Freiheit währte nicht lange. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Belgien und Frankreich im Frühjahr 1940 wurde er als »feindlicher Ausländer« in der nicht von den Nazis besetzten Zone in Südfrankreich interniert. Ein neuerlicher Fluchtversuch war zwar wiederum erfolgreich, endete letztlich allerdings in portugiesischer Haft und Verbannung, aus der er erst 1945 entlassen wurde und über diverse Umwege im Herbst 1946 ins heimatliche Berlin zurückkehren konnte.

Hier wollte er seine bisherigen Erfahrungen beim Aufbau eines neuen antifaschistischen Deutschlands einbringen. Deshalb nahm er das Angebot der

im März 1946 gegründeten Freien Deutschen Jugend an, als außenpolitischer Redakteur an der Herausgabe einer neuen Jugendzeitung mitzuwirken. Doch nach eigenem Bekunden hat er das Vorbereitungsteam noch vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe der „Jungen Welt“ am 12. Februar 1947 wegen massiver Bedenken gegen deren geplante Ausrichtung wieder verlassen. Nach Stippvisiten in mehreren anderen Zeitungsredaktionen landete Teppich schließlich beim ADN, der offiziellen Nachrichtenagentur der DDR, für die er bis 1966 von seinem Wohnsitz in Westberlin aus tätig blieb.

Im selben Jahr wurde er – nach rund 30 Jahren Mitgliedschaft in

kommunistischen Parteien, zuerst in Spanien und seit 1947 in der SED – aus der inzwischen gegründeten SEW, der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, ausgeschlossen, nicht zuletzt deshalb, weil er deren Parteistatut als stalinistisch geprägt kritisiert und die Nichtanerkennung Israels seitens der DDR angeprangert hatte. Obwohl er im Herzen überzeugter Kommunist und insbesondere der Friedensbewegung eng verbunden blieb, nahm er auch fürderhin kein Blatt vor den Mund, wenn etwas nicht so war, wie es seiner Meinung nach hätte sein sollen. Wie dem auch sei: Ein solcher Querdenker und unbequemer Zeitgenosse wird uns fehlen.

So trauerten die Mitglieder des Fritz-Teppich-Vereins zu Sammlung antifaschistischer Biografien in der Potsdamer Hessestraße 19 um ihren Namensgeber.



IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv **DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Prof. Dr. Wolfgang Böhme verstorben

(11. März 1926 – 24. Februar 2012)

Fassungslos haben wir die Nachricht erhalten, dass unser langjähriger Mitstreiter Prof. Böhme am 24. Februar, kurz vor seinem 86. Geburtstag, verstorben ist.

Genosse Prof. Dr. Wolfgang Böhme hat dank seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse wesentlichen Einfluss gehabt, dass die LINKE, vorher PDS, in ihrem politischen Wirken immer stärker versucht dem Motto unserer 5. Ökologischen Konferenz im Müncheberg „Die Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch oder gar nicht“ gerecht zu werden.

Prof. Böhme war Direktor des Meteorologischen Dienstes der DDR und seit der Aufnahme der DDR in die Welt-Meteorologie-Organisation (WMO) Repräsentant der DDR. Er war Mitglied der Kommission für atmosphärische Wissenschaften und leitete dort über viele Jahre die Arbeitsgruppe zu Fragen der Klimaforschung. Er leitete eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse des Weltklimaprogramms in den mehr als 10 Jahren zwischen der ersten (1979) und 2. Klimakonferenz (1991) bewertete und Schlussfolgerungen und Vorschläge für

die Fortführung des Weltklimaprogramms in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zu unterbreiten hatte. In einem Vortrag vor der Leibniz-Sozietät kam er zu dem Schluss: „Die Lösungen für Armut und Umweltprobleme sind grundsätzlich bekannt; es fehlt allein der politische Wille sie völkerverbindend umzusetzen.“

Er war langjähriges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR und war seit 1990 Mitglied der Leibniz-Sozietät. Nach der Wende stellte er ganz bewusst seine Erkenntnisse in den Dienst unserer

Partei. Er übersetzte den 3. IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change) aus dem Englischen und unterbreitete daraus schlussfolgernd Vorschläge für die politische Arbeit der Partei, welche im Ökostandpunkt 2/2001 „Die neuesten Einschätzungsberichte des IPCC zur Klimaänderung und Schlussfolgerungen“ der AG Umwelt beim Landesvorstand der PDS Brandenburg der Öffentlichkeit unterbreitet wurden.

Norbert Wilke
Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt Partei DIE LINKE

Langer Atem beim Klimawandel

Aber zu viel Zeit sollten wir uns nicht lassen. Eine Chance auf den richtigen Weg zu gelangen ermöglichte der UNO-Klimagipfel im südafrikanischen Durban im Dezember 2011. Bei einer öffentlichen Veranstaltung der LINKEN in Potsdam-West diskutierten die Umweltministern Anita Tack mit Steffen Kühne über die Folgen des UNO-Weltklimagipfels (Foto).

Anita Tack vertrat als brandenburgische Umweltministerin die deutsche Delegation beim Weltklimagipfel in Durban. Das gemeinsame Ziel: Die weltweite Klimaerwärmung nicht höher als 2 Grad ansteigen zu lassen. Nach den negativen Erfahrungen aus Kopenhagen, standen die Verhandlungen unter kritischen Beobachtungen. Zähes Ringen unter den Vertretern von 192 Staaten beim UN-Klimagipfel im südafrikanischen Durban mündete in einen mehrere hundert Seiten umfassenden Kompromiss. Von 2013 bis 2015 soll ein Weltklimavertrag er-



arbeitet werden. Erstmals wollen dann auch Länder wie die USA und China verbindliche Ziele mit-

bindend wirksam sein, auch mit Sanktionen für Klimasünder. Bis zum Inkrafttreten des neuen Vertrages sollen die Klimaschutzmaßnahmen kontinuierlich verschärft werden. Des Weiteren soll ein Grüner Klimafonds von 74 Milliarden Euro aufgestellt werden, damit sich auch die ärmsten und Schwellenländer an die Folgen des Klimawandels anpassen können. In Durban vereinbarten die Delegierten ein Arbeitsprogramm für 2012, um den Fonds funktionsfähig zu machen. Um den Sitz bewarben sich unter anderem Deutschland und Mexiko. Der Vorschlag, auch Abgaben auf CO₂-Ausstoß bei Schiffs- und Flugverkehr für das Aufbringen der 100 Milliarden Dollar zu nutzen, wurde aus dem Papier gestrichen. „Durban hat sich gelohnt. Die Weichen zur Erstellung eines Vertrages wurden gestellt. Aber wir brauchen einen langen Atem beim Klimaschutz“, kommentierte Anita Tack das Ergebnis des UNO-Weltklimagipfels.

„Energiesstrategie 2030“

Vor dem Hintergrund energiepolitischer Umbrüche ist ein Leit-szenario für die Entwicklung der Energiepolitik in Brandenburg bis zum Jahre 2030 entwickelt worden. Es orientiert sich erstmals an dem Zielviereck aus Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit sowie Akzeptanz und Beteiligung. Brandenburg ist ein Energieland und wird es auch bleiben.

Die Landesregierung legt mit der ‚Energiesstrategie 2030‘ eine Strategie vor, die den weiteren Ausbau und die Systemintegration der erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt stellt. Damit wird die bundesweite Spitzenposition Brandenburgs beim Ausbau der erneuerbaren Energien gefestigt und ausgebaut. Sie steht aber auch für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Wichtigste Anliegen: Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und die

drastische Senkung der CO₂-Emissionen.

Die größte Herausforderung liegt in der Systemintegration der erneuerbaren Energien. Dazu muss die Energie aus Wind und Sonne gespeichert werden können, damit sie zuverlässig Tag und Nacht zur Verfügung steht. Begleitend ist ein Ausbau der Stromnetze dringend erforderlich. Aus heutiger Sicht wird die Nutzung der Braunkohle solange notwendig sein, bis eine sichere, wirtschaftliche und akzeptable sowie sozialverträgliche Versorgung aus erneuerbaren Energien gewährleistet werden kann.

Während in Brandenburg laut Energiesstrategie die CO₂-Emissionen bis 2030 um 72 Prozent gesenkt werden sollen, hat sich die Bundesrepublik Einsparungen von 55 Prozent vorgenommen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen Energieerzeugungstechniken, deren Nutzung mit hohen Klimagas-Emissionen verbunden sind, ab-

gelöst und zwischenzeitlich die CO₂-Minderungstechnologien vorgebracht werden. Das Land setzt sich dieses anspruchsvolle Ziel trotz zusätzlicher Emissionen, beispielsweise eines erwarteten deutlichen Zuwachses des Güterverkehrs auf der Straße sowie des Flugverkehrs. Die Energiesstrategie legt daher das Hauptaugenmerk auf die Einsparung von Energie, die Steigerung der Energieeffizienz und auf den stetigen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger. Brandenburg wird 2030 seinen Strombedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern decken können.

Wesentliche Ziele der Energiesstrategie 2030:

Der Endenergieverbrauch soll bis 2030 um 23 Prozent sinken, das entspricht durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr. Die erneuerbaren Energien sollen dann einen Anteil von mindestens 40 Prozent betragen. Der Netzausbau und die Ent-

wicklung der Speichertechnologien müssen verstärkt werden, um die Systemintegration der erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Um den Umbau der Energieversorgung und gleichzeitig die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit zu gewährleisten, soll die Braunkohleverstromung effizient und CO₂-arm fortgesetzt werden. Die CO₂-Emissionen sollen bis 2030 um 72 Prozent (auf 25 Millionen Tonnen gegenüber dem international üblichen Referenzjahr 1990) gesenkt werden. Forschung und Entwicklung in den Themenfeldern Energie und Klima werden auch weiterhin nachdrücklich unterstützt. Die transparente Informationspolitik wird fortgesetzt, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Regionen werden gestärkt, um mehr Akzeptanz zu schaffen.

Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Gute Löhne für einen guten öffentlichen Dienst

Ein funktionierender öffentlicher Dienst ist nur so gut wie seine Beschäftigten. Eine gerechte Entlohnung sollte dabei selbstverständlich sein. Nach Jahren der Zurückhaltung haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Recht großen Nachholbedarf. Die Gewerkschaft ver.di fordert für die zwei Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen 6,5 Prozent mehr

Lohn oder Gehalt, mindestens aber 200 Euro pro Monat sowie 100 Euro mehr Ausbildungsvergütung. DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft in den laufenden Tarifverhandlungen.

Krankenschwestern, Altenpfleger, Busfahrer, Angestellte in Rathäusern, Feuerwehrleute - sie alle leisten einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit. Sie haben einen Anspruch auf

gute Bezahlung. Und sie haben einen großen Nachholbedarf, insbesondere in den unteren Entgeltgruppen. Ihre Löhne und Gehälter sind in der Vergangenheit deutlich weniger gewachsen als die der Privatwirtschaft – die Inflation mit gerechnet – seit 2005 nur um ein Prozent. Zugleich wurde am öffentlichen Dienst ein Raubbau betrieben. Seit 1991 fielen 1,6 Millionen Stellen weg und damit

jeder dritte Arbeitsplatz. Die Hälfte davon durch Privatisierung. Die Folgen tragen die Beschäftigten mit schlechteren Arbeitsbedingungen und die Bürgerinnen und Bürger. Die Politik macht für die Bankenrettung viele Milliarden Euro locker. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sagen zu Recht: „Die nächsten Milliarden für uns“. DIE LINKE.Potsdam unterstützt sie dabei.

DIE LINKE mitten in Potsdam: Dortustraße 53

Mitten unter die Potsdamer wollte die DIE LINKE mit ihrer Kreisgeschäftsstelle und hat nun sogar eine beziehungsreiche neue Adresse in der Straße, die nach dem mutigen Demokraten Max Dortu benannt wurde. Jetzt wird im Atrium in der Dortustraße 53 noch gewerkelt, geplant und möbliert. Voraussichtlich am 1. Mai soll es dann aber richtig losgehen: Hier im „Fußgängerzentrum“ wollen die LINKEN neugierige Spaziergänger einladen, mit ihnen sozusagen im Vorbeigehen über die aktuelle Tagespolitik in der Stadt ins Gespräch zu kommen. Im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten und Ministerin Anita Tack kann man sich über die Landespolitik informieren. Interessante Veranstaltungsangebote sollen ebenso Akzente setzen wie informative Aushänge und eine aufgeschlossene Atmosphäre – und hier wird nicht nur von Teilhabe gesprochen, sondern durch einen Umbau auch ein barrierefreier Zugang geschaffen. Wer also schon immer mal wissen wollte, was Potsdamer LINKE motiviert, eine Anregung mitgeben oder ein paar „Schnuppermonate“ lang dabei sein will, wird künftig in der Dortustraße 53 an der richtigen Adresse sein!

(Fortsetzung von SEITE 1)

sieg der Brauhausberg-Varianten wurde damit ignoriert. Die Potsdamer LINKE hat sich demgegenüber verständigt, im Hauptausschuss (und später in der SVV) eine zweistufige Befragung zu verlangen. Erstens sollte über den Ort entschieden werden – ergo: Soll der Standort Brauhausberg erhalten bleiben oder im Bornstedter Feld gebaut werden. Und dann sollte über die Bebauungs-Variante am gewählten Standort entschieden werden. Mit dieser Abstimmungsmodalität würde dem Bürgerwillen weitestgehend Rechnung getragen. Und DIE LINKE favorisiert den Neubau eines Sport- und Freizeitbades am traditionellen Standort Brauhausberg, der beim Werkstattverfahren die höchste Punktzahl erzielte.

Bernd Martin

Butter für den Prinzen, Hunger für die Arbeiter

April 1917

Der Krieg stand im vierten Jahr. Die Lebensbedingungen für die Deutschen waren katastrophal. Zu der Trauer um die Toten und Verwundeten kamen Hunger und Kälte.

So hatte sich beispielsweise am 21. Februar 1917 der Inhaber der Firma Kurt Fliegel, Propellerbau, Potsdam, Tornowstraße, in einem

Schreiben an den Potsdamer Magistrat darüber beklagt, dass „...bereits 3 Tischler auf Grund mangelhafter Ernährung ihre Arbeit niedergelegt haben...“ Freilich war die Beschwerde nicht Ausdruck humaner Sorge, sondern die, dass „...die Leistungsfähigkeit der meisten stark beeinträchtigt wird...“

So ging es nicht allen, die da in

Deutschland lebten. Da war beispielsweise der türkische Prinz Omar Faruk Effendi, der auf Einladung Wilhelm II. in Deutschland weilte.

Dessen Haushalt war durch die Fettstelle Groß-Berlin wöchentlich mit 10 Pfund Butter versorgt worden. Da aber der Prinz von Berlin nach Potsdam, Albrechtstraße 12,

verzogen war, wurde der Potsdamer Magistrat am 16. April 1917 schriftlich beauftragt, die weitere Butterversorgung des prinzipalischen Haushalts zu übernehmen - was dieser auch willig tat. Was hätten dazu wohl die hungernden Potsdamer Arbeiter gesagt?

-rt

Antifaschismus – Staatsdoktrin

April 1952

Schritt für Schritt wurde der Schwur und das Vermächtnis der Buchenwaldhäftlinge in der DDR gesellschaftliche Selbstverständlichkeit: Nie wieder Faschismus auf deutschen Boden und nie wieder Krieg von deutschem Boden aus!

Diesem Anliegen dienten auch die Internationalen Treffen ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald. Am 14. April 1952, dem Jahrestag der Bombardierung Potsdam, gedachte die Landesregierung Brandenburg in besonderer Weise der Opfer des

Faschismus. Sie gab im Zentralen Kulturhaus (heute Logenhaus) einen Empfang für antifaschistische Widerstandskämpfer aus Frankreich, Polen, Luxemburg, Holland, Tschechoslowakei, Österreich und der BRD. Sie hatten als ehemalige Häftlinge am Internationalen Buchenwaldtreffen 1952 teilgenommen.

Selbstverständlich war, dass sie durch den Brandenburgischen Ministerpräsidenten Rudi Jahn begrüßt wurden, der ihnen versicherte, in einem deutschen Land zu sein, in dem Nationalsozialis-



mus kein Raum gegeben würde. Er konnte zusichern, streng darauf zu achten, denn er war selbst In-

sasse des KZ Buchenwald gewesen.

-rt

Wie sich die Haufen gleichen

April 1957

Manche kommunalen Probleme scheinen sich über Zeiten hinweg zu erhalten bzw. noch gravierender zu werden. So erregte sich der Potsdamer Horst Keßler im April 1957 derart über die Hundehaufen in der Stadt, dass er seinem Ärger mit einem Gedicht Luft machte. Das wurde dann auch prompt in der „Märkischen Volksstimme“ vom 05. April 1957 veröffentlicht. Hier ein Auszug (auch zur Beherrigung):

„Fast an allen Straßenecken kann man einen Hund entdecken, eins – zwei – drei und hoch das Bein, einmal Groß und einmal Klein. Menschen müssen zickzack laufen vor den Haufen, vor den Haufen!

Regt man sich darüber auf, folgt als Antwort gleich zuhauf: „Auch mein Hund zahlt seine Steuer!

Sie! Sie sind ein Ungeheuer! Gönn' sie ihm die kleinen Freuden Könn' sie keene Hunde leiden?’



Sollte jeder Steuerzahler für die eingezahlten Taler sich die gleichen Rechte nehmen? Nein, man müsste sich ja schämen!

Ordnung ist des Bürgers Pflicht, Hundefreund vergiss das nicht!“

Fünf Feiertage gestrichen

April 1967

Auf der Grundlage von Festlegungen des VII. Parteitags der SED (17. bis 22. April 1967) wurden fünf Feiertage gestrichen. Da die Verordnung am 28. August 1967 in Kraft trat, waren 1967 Reformationstag und Buß- und Betttag keine Feiertage mehr. In der Verordnung

war auch bestimmt, dass die Arbeitszeit von Karfreitag und Pfingstmontag am Sonnabend nach Ostern bzw. Pfingsten nachzuholen ist. Diese Regelung wurde wenige Jahre später aufgehoben. Die freien Nachmittage am 24. Dezember (Heiligabend) und 31.

Dezember (Silvester) mussten an 2 Samstagen im November und Dezember vorgearbeitet werden.

Nach der politischen Wende in der DDR 1989 wurden die gestrichenen Feiertage (außer dem Tag der Befreiung) kurz vor Ostern 1990 wieder eingeführt; Oster-

montag, Christi Himmelfahrt, Reformationstag (außer in Berlin) und der Buß- und Betttag waren somit bereits 1990 wieder gesetzlich arbeitsfreie Feiertage.

DEFA international – Filmwoche in London

April 1982

Die Filmkunst der DDR - namentlich die des DEFA-Studios für Spielfilme in Potsdam-Babelsberg - genoss einen hohen internationalen Ruf - und das nicht nur im sozialis-

tischen Staatensystem. Auch im anderen Teil der Welt fanden sich aufmerksame Zuschauer. So z.B. am 06. April 1982, da in London die „DDR-Filmwoche“ eröffnet

wurde. Ein breites Publikum sah sich solche Filme an, die vom Leben in der DDR und ihrer Geschichte erzählen: „Mama, ich lebe“ (Regie: Konrad Wolf), „Solo Sunny“ (Regie

Konrad Wolf), „Die Verlobte“ (Regie Günther Rucker, Günter Reisch), „Levins Mühle“ (Regie Horst Seemann) und „P.S.“ (Regie Roland Gräf).



„Das Boot ist voll!“

SVV-Beschluss konterkariert jahrelanges Ringen um bedarfsgerechten Ausbau der Gesamtschulkapazitäten

Alle Jahre wieder stellt die Stadt mehr oder weniger überrascht fest, dass die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen die Kapazitäten erheblich übersteigt. In den letzten beiden Schuljahren wurde jeweils mit Eilaktionen reagiert: zunächst mit 4 neuen Klassen an der eigentlich schon aufgegebenen Goethe-Schule, im letzten Jahr mit der Errichtung der Neuen Gesamtschule Haeckelstraße mit zunächst drei, in diesem Jahr vier Klassen. Und dennoch reichen die Plätze wieder nicht aus.

Die Diskussion in der SVV wurde in diesem Jahr allerdings unter umgekehrten Vorzeichen geführt. Die Voltaire-Gesamtschule (Foto), eine der gefragtesten der Stadt, will in diesem Jahr nur vier statt bisher fünf 7. Klassen aufnehmen. Die Schule habe mit 920 Schülern ihre Kapazitätsgrenze bereits überschritten. Allerdings gibt es wohl keine Schule in Potsdam, die sich über luxuriöse Raumverhältnisse freuen kann. Im Zentrum-Ost, ebenfalls in einer Schule „Typ Erfurt“ lernen an Lenné- und Grundschule insgesamt weit über 1.000 Schüler. Dennoch machte die SVV den Sack zu. Mit denkbar knapper Mehrheit wurde ein Änderungsantrag der LINKEN abgelehnt, eine Beschränkung der Kapazitäten nur dann zuzulassen, wenn dennoch alle Bewerber an anderen Gesamtschulen aufgenommen werden können. Das wird nun nicht der Fall sein. Nach den bisher bekannten Bewerberzahlen werden 60 - 90 Kinder keinen Gesamtschulplatz bekommen - obwohl sie es wollen und könnten. Zwangszuweisungen an Oberschulen soll es dennoch nicht geben. Diese Rechnung kann aber nur aufgehen, wenn man eine Flucht der Eltern zu freien Schulträgern billigend in Kauf nimmt. Es bleibt noch viel zu tun in der Potsdamer Schullandschaft.

Stefan Wollenberg

Potsdamer entscheiden über ihr Bad

Mit einem Kraftakt ist das endlos scheinende Werkstattverfahren zur Schwimmbadversorgung in Potsdam doch noch zu einem Ergebnis für die Vorbereitung der Bürgerbefragung geführt worden. An acht Tagen, davon vier Samstag, ist in einer über weite Strecken völlig ineffektiven Diskussion über Kriterien und Varianten für das künftige Bad in Potsdam gesprochen worden. Nach der Einsetzung einer Arbeitsgruppe konnten die mehr als zehn Varianten auf sechs, dann auf vier, reduziert und mit einer Bewertung versehen werden. Zum Schluss lag der Neubau eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg mit 232 Punkten vorn, gefolgt von der Sanierung der Schwimmhalle plus Ergänzungsbau ebenfalls am Brauhausberg (225 Punkte). Mit 222 Punkten landete die Dreibädervariante mit der Sanierung der Brauhausberghalle und einem neuen Gesundheitsbad im Bornstedter Feld an dritter Stelle. Der bisher vom Oberbürgermeister und der Rathauskooperation verfolgte Neubau eines Sport- und Freizeitbades im Bornstedter Feld erhielt 218 Punkte.

Das wichtigste Ergebnis ist zweifellos, dass der Neubau eines Sport- und Freizeitbades unter vergleichbaren Bedingungen eben nicht nur im Bornstedter Feld, sondern auch am Brauhausberg realisiert werden kann. Deshalb ist es sinnvoll, sich bei der Bürgerbefragung auf diese beiden Alternativen zu konzentrieren. Mit der Konzentration auf diese beiden Varianten wird verhindert, dass sich die Stimmen für den Brauhausberg auf mehrere Varianten aufteilen. So ist ein eindeutiges Ergebnis der Bürgerbefragung möglich. Alle 131.000 wahlberechtigten Potsdamerinnen und Potsdamer sollen sich entscheiden können, ob eine moderne Schwimmhalle mit acht oder zehn 50-Meterbahnen, Wellness, Sauna und Spassbad am Brauhausberg oder im Bornstedter Feld realisiert werden sollen. DIE LINKE hat sich für den Erhalt der Schwimmhalle am Brauhausberg eingesetzt, weil das der traditionelle

Badstandort in zentraler Lage ist. Dass es jetzt nicht nur um die Sanierung der alten Schwimmhalle geht, sondern eine neue moderne Halle errichtet werden kann, ist ein großer Vorteil, denn so kann die alte Halle genutzt werden, bis die neue fertig ist.

Nachdem schon alle Messen für den Bau eines neuen Bades im Bornstedter Feld und die ersatzlose Aufgabe des traditionellen Standortes am Brauhausberg gesungen schienen, haben es jetzt die Bürger in der Hand, ihre Wahl für den besten Badstandort zu treffen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Mehr tun für alleinerziehende langzeitarbeitslose Mütter und Väter

Zu den Arbeitslosenzahlen im Februar 2012 erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Stadtfraktion DIE LINKE, Jana Schulze: „Die Zahlen belegen es: Auch im Arbeitsamtsbezirk Potsdam sind die Zahlen von alleinerziehenden langzeitarbeitslosen Müttern und Vätern nicht gesunken. Und dass trotz guter Voraussetzungen auf dem Potsdamer Arbeitsmarkt und trotz unserer sehr guten Kitaplatzangebote. Oft ist es immer noch nicht möglich, alleinerziehenden Müttern oder Vätern ein entsprechendes Angebot kurzfristig zu unterbreiten. Auch die leider bei vielen unzureichenden Bildungsabschlüsse verhindern oftmals ein auskömmliches sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis ohne so genannte Aufstockerleistungen beantragen zu müssen. Hier hat die Bundesregierung versagt. Die heruntergefahrenen begleitenden Leistungen im Integrations- und Bildungsbereich müssen mindestens wieder auf das Niveau von 2010 angehoben werden!

Zielgruppenspezifische Förderinstrumente stehen kaum noch zur Verfügung. Hier ist endlich ein anderer Kurs nötig.

Brandenburg: Zustimmung für SPD und LINKE gewachsen

Die neueste Umfrage zur Brandenburger Landespolitik von „infratest dimap“: 56 Prozent der Befragten sind mit der rot-roten Landesregierung zufrieden. Nach beständigen Einbußen in den letzten Trends profitiert DIE LINKE davon erstmals mit plus 2 Prozent (auf 22 Prozent). Die CDU verliert nach rechtspopulistischen Auswüchsen in den letzten Monaten 4 Prozent Zustimmung (jetzt 21 Prozent) und bei den Grünen schlägt mit minus 1 Prozent (auf 7 Prozent) langsam der sich normalisierende Bundestrend durch. Die FDP ist nicht der Rede wert (3 Prozent) und die Piraten schafften erstmals den Einzug in den Landtag (6 Prozent). (red.)

„Stern-RTL-Wahlrend“: Union schwächer, LINKE legt zu

Die Union hat nach einer Umfrage an Ansehen bei den Wählern eingebüßt. Im wöchentlichen Wahlrend von «Stern» und RTL verliert sie zum zweiten Mal in Folge 1 Punkt und sinkt auf 36 Prozent. Zuvor hatte sie vier Wochen lang 38 Prozent erreicht. Die FDP bleibt nach Mitte März veröffentlichten Umfrage mit 3 Prozent im Umfragekeller. Für die SPD wollen unverändert 26 Prozent der Wähler stimmen, für die Grünen erneut 15 Prozent. Einen Punkt Gewinn kann die LINKE verbuchen, sie steigert sich im Vergleich zur Vorwoche auf 9 Prozent. Die Piraten halten sich bei 7 Prozent.

Sowohl für Schwarz-Gelb als auch für Rot-Grün ist keine eigene Mehrheit in Sicht. Mit zusammen 41 Prozent haben SPD und Grüne einen Vorsprung von 2 Punkten vor Union und FDP (gemeinsam 39 Prozent). (dpa)

Lärmschutz an der Nutheschnellstraße

Viele Jahre lang kämpften einzelne betroffene Anwohner rechts und links der Nutheschnellstraße, Abfahrt Neuendorfer Straße, gegen den unerträglichen und gesundheitsschädigend stetig zunehmenden Lärm in allen Facetten. Es wird von den Anwohnern bezweifelt, dass der Ministerpräsident, sein Minister für Infrastruktur und dessen Staatssekretär sich jemals mit diesem Problem ernsthaft beschäftigt haben. Wir gehen soweit zu sagen: Sie kennen es gar nicht oder wollen es nicht zur Kenntnis nehmen. Nur zum Verständnis: Öffentlicher Träger der Landesstraße (Nutheschnellstraße) ist das Land Brandenburg. Auch sehen wir die Stadt Potsdam und deren Oberbürgermeister als Einwohner in der Mitwirkungspflicht, bisher aber ohne Erfolg. Einladungen an die erwähnten politisch Verantwortlichen zu einem Vor-Ort-Termin wurde bisher nicht gefolgt. Es interessiert – mit Ausnahme der LINKEN – einfach niemanden. Offenbar gilt die Devise, das Thema auszuschütten und

auszuschütten. Vom Landesamt für Straßenwesen hören wir über Jahre von einem Abteilungsleiter, warum es für die genannten Bereiche keinen Lärmschutz geben wird, ohne jemals Messungen und weitere Untersuchungen vor Ort gemacht zu haben. Man beruft sich auf die Rechtsgrundlagen, die nicht mehr der Gegenwart entsprechen. Im Übrigen: Der Leiter des Landesamtes für Straßenwesen weigert sich, mit uns noch zu sprechen. Für uns existiert die Nutheschnellstraße von der Humboldtbrücke bis hin zum Güterfelder Eck (ca. 3 km Länge). Umso mehr mussten wir verwundert über die Presse zur Kenntnis nehmen, dass der Minister für Infrastruktur Fördermittel in Höhe von ca. 13,7 Mio. Euro unter großem Presserummel an die Stadt Potsdam im Herbst 2011 übergeben hat. Davon sollen für ca. 2.700 m² Lärmschutzwände im Bereich der Humboldtbrücke, einem Teilstück der Nutheschnellstraße, errichtet werden. In der MAZ vom 3.2.2012 war zu lesen, dass Experten des

Landesamtes für Straßenwesen der Meinung sind, dass mit der Anbindung der „Neuen L 40“ an die L 40 (Nutheschnellstraße) ab dem Güterfelder Eck das Verkehrsaufkommen, insbesondere der Schwerlastverkehr, erheblich zunehmen werden. Dies soll dem neuen Großflughafen BER geschuldet sein.

Wir, die Bürgerinitiative i. G. „Lärmschutz für die Nutheschnellstraße“, fragen die Landesregierung und die Stadtverwaltung Potsdam auch als Wähler:

Wie stehen Sie politisch zu einem Lärmschutz an der Nutheschnellstraße (nicht nur im Bereich der Humboldtbrücke)?

Wie gehen Sie mit dem Gleichheitsgrundsatz lt. Grundgesetz bezüglich dieses Problems um?

Wieso gelten die Kriterien zur Errichtung von Lärmschutz an der Humboldtbrücke, nicht aber gleichermaßen für die anderen Teilbereiche, die noch erheblich vom Lärm betroffen sind?

Wir sehen es als Schande an, wie die politisch Verantwortlichen von Land und Stadt sich über Jahre dieser Thematik bewusst entzogen haben und nicht bereit sind, ernsthafte Lösungen anzubieten. Aus diesem Grunde haben wir als Bürgerinitiative im Dezember 2011 eine Petition an den Landtag Brandenburg gerichtet. Mit der Hoffnung, endlich nach Jahren der Untätigkeit eine sachliche und politische Bewertung und Einschätzung mit der Ziel eines Lösungsansatzes für die betroffenen Anwohner zu erhalten. Auch im Hinblick auf die absehbare negative Entwicklung (erhöhtes Verkehrsaufkommen mit Öffnung des BER).

Sollte auch diese Initiative zu keinem verwertbaren Erfolg führen, werden wir uns mit dem Problem an die öffentlichen Medien wenden und ein Augenmerk auf die Landeshauptstadt Potsdam mit ihrer Landesstraße legen.

*Gerd Malinowski
Anwohner und Mitglied
der Bürgerinitiative i. G.*



Gartenstadt Drewitz in der Startposition

Die Gartenstadt Drewitz steht in der Startposition, und sobald die letzten Abstimmungen getroffen sind geht es los. Fluch oder Segen, das wird sich zeigen, die Mehrheit der Bewohner hat sich im Laufe des Prozesses immer wieder für eine Veränderung ausgesprochen. Die einen für etwas mehr, die anderen für etwas weniger und einige wollten auch gar Nichts geändert haben. Als Bürgervertretung versuchen wir jetzt die Balance dazwischen zu halten. Die Balance zwischen den Bedürfnissen aller Drewitzer. Die Einen verfluchen uns weil sich etwas verändern wird, die Anderen weil es zu langsam voran geht.

So dürfte es unstrittig sein, dass

ohne Veränderung Drewitz der neue Schlaatz wird, wenn es nicht schon so ist. Drewitzer werden alleine wegen ihres Wohnortes schon benachteiligt. Versuchen Sie mal ein Darlehen bei der Bank zu bekommen. Selbst wenn Sie kreditwürdig sind, zahlen Sie einen erhöhten Zins.

Es muss sich etwas ändern, und das wird auch hier in Drewitz geschehen. Wer jedoch glaubt durch etwas mehr Grün und Parkplätze lassen sich alle Drewitzer Probleme lösen, der liegt falsch. Die Bürger müssen auch persönlich ihren Teil dazu beitragen, wenn wir Drewitzer weiter die Augen verschließen und hoffen, dass Andere unser Probleme lösen, dann müssen wir

wohl sehr lange warten. Wir selbst sind für uns und unser Umfeld verantwortlich.

Als Bürgervertretung haben wir gelernt, dass die Umsetzung eines solchen komplexen Projektes nicht so einfach ist wie man sich das manchmal als Außenstehender vorstellt. Wir haben Anforderungen von Nachhaltigkeit, Ersatzstellplätzen, Lärmschutz, Verkehr, Flexibilität für die Zukunft, sozialverträgliche Mieten, Umfeldaufwertung und einige weitere Posten unter einen Hut zu bekommen. Wir mussten erfreulicher Weise feststellen, dass die Stadt ihr Versprechen hält und die Bürgervertretung, das Bürgeraktiv, die sozialen Einrichtungen und Ge-

werbtreibenden bei der Umsetzung der Gartenstadt tatsächlich mit einbezieht. Doch dies hat auch zur Folge, dass sich so mancher Prozess verlangsamt. Alle offene Fragen werden mit den Beteiligten besprochen und Lösungen erarbeitet. Das kostet Zeit und bedeutet für alle Beteiligten viel Aufwand. Doch das ist das Wichtige daran, die Bürger haben die reelle Chance, ihre Meinungen, Interessen und Wünsche einzubringen.

Wir sehen die Ängste der Drewitzer und wir sehen die Euphorie der Drewitzer, wir selbst sind Drewitzer.

Aber manchmal muss man auch „die Angst vor dem unendlichem Land“ überwinden. *KM*

Allen
Leserinnen
und Lesern
wünschen wir

**FROHE
OSTERN!**

Der Kreisvorstand
DIE LINKE.Potsdam
Die Redaktion

Der Wald im Kirchsteigfeld soll bleiben

Nach dem klaren Scheitern der von SPD und CDU verfolgten Pläne für den den „Drewitzpark“ muss jetzt über die weitere Entwicklung in diesem Areal geredet werden. Klar ist, dass sich die Bürger im Kirchsteigfeld, vertreten durch eine starke Bürgerinitiative, und eine große Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gegen ein Abholzen des Waldes mit dem Ziel der Ansiedlung großflächigen Einzelhandels aussprechen. Das ist in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im März durch eine Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen worden, die die vorhandenen Baumbestand als Wald ausweist und nicht als potenzielles Gewerbegebiet. Diese mit großer Mehrheit beschlossene Änderung wird jetzt noch einmal öffentlich ausgelegt.



Zugleich ist unstrittig, dass das seit den 60er Jahren brachliegende Gewerbegebiet entwickelt und dazu eine Erschließungsstraße gebaut werden soll. Gegenwärtig ist aber völlig offen, wie diese Straße fi-

nanziert werden könnte. DIE LINKE hat mit einem Antrag durchgesetzt, dass die Ansiedlung von Gewerbe am Kirchsteigfeld durch die Wirtschaftsförderung der Stadt unterstützt wird. Wir wissen, dass

in Potsdam aus der Sicht der städtischen Wirtschaftsförderung eigentlich ein Mangel an Gewerbeflächen vorhanden ist. Insofern ist unverständlich, warum diese Flächen am Kirchsteigfeld noch nicht ihrem eigentlichen Zweck zugeführt sind. Auf dieser Basis können die Gespräche mit dem Investor, immer auch unter Einbeziehung der Bürger, fortgeführt werden. Eine Konfrontation zwischen dem Investor und den Bewohnern des Kirchsteigfeldes, wie sie sich mit der zeitweiligen Abriegelung der Flächen mittels eines Bauzaunes abzeichnete, konnte schnell abgewendet werden. Es gibt gute Chancen dafür, den Wald dauerhaft zu erhalten und mit der Entwicklung der Gewerbeflächen eine gute Lösung für alle zu finden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Achtzig Meter bis zum Ziel

Durchgang Turmstraße – Schäferweg wurde gesichert/Dank an LINKE-Fraktion

Die weitere Nutzung von 80 m Weg für Fußgänger und Fahrradfahrer stand auf der Kippe. Es geht um die Verbindung der Turmstraße zur Neuendorfer Straße. Anfang der 70er Jahre wurde die Turmstraße durch die Nuthe-Schnellstraße in zwei Hälften durchtrennt. Fußgänger und Radfahrer nutzten dann zur weiteren Aufrechterhaltung der gewohnten Wege die vorhandenen Acker- und Trampelpfade links und rechts der Schnellstraße, welche zur 200 m entfernten Brücke an der Neuendorfer Straße führten. Mit der Zeit änderte sich das Umfeld – jenseits

der Straße gibt es die Fernwärmeleitung und den Baustoffhändler, dort wurde durch die Stadt eine neue Überquerung der Fernwärmeleitung errichtet damit die Bürger sicher die Neuendorfer erreichen. Auf unserer Seite der Turmstraße wurde ein Garagenkomplex erbaut, damals wurde extra in der Baugenehmigung vereinbart eine Wegbreite für das Fuß- und Fahrradvolk öffentlich zugänglich zu lassen, im Mittelteil können sogar Kraftfahrzeuge den Weg befahren, und ganz vorne zur Neuendorfer Straße hin wurde der Fuß- und Fahrradweg ausgebaut und befestigt.

Dieses Konzept funktionierte lange Zeit gut. Nun wurde wiederholt mit der Schließung der 80 m am Garagenkomplex gedroht. Die erste Schließung konnte mit einer Unterschriftensammlung an die Stadt Potsdam abgewendet werden. Die Stadt hat jetzt das Grundstück verkauft und dabei die Nutzung des Weges „vergessen“. Nun wird es auch hier höchste Zeit im öffentlichen Interesse der Nutzer dieses Weges auch eine öffentlich verbindliche Regelung zur weiteren Nutzung zu schaffen.

Mit einem Antrag hat die Frak-

tion DIE LINKE in der SVV erreicht, dass in Übereinstimmung mit der Garagengemeinschaft „Am Stern/Schäferweg“ e.V. der Durchgang zwischen den Straßen Turmstraße und Schäferweg durch eine Dienstbarkeit grundbuchlich und damit dauerhaft gesichert werden soll.

Wir danken der Fraktion und Ihrem Fraktionsvorsitzenden, Dr. H.-J. Scharfenberg, der sich nach unserem Gespräch in der Sprechstunde im Februar in der Sache sofort engagiert hat. So sieht u. E. nach konkrete Bürgerbeteiligung aus.

Hellwig/Schubert

LINKE plädiert für Unterbringung in Wohnungen

In seiner Sitzung am 14. März hat der Ausschuss des Landtages für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie ein Fachgespräch durchgeführt. Eingeladen waren u.a. der Flüchtlingsrat, Vertreter der Kommunen und Fachleute. Thema war die Unterbringung und soziale Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Dazu erklären die sozialpolitische Sprecherin, Birgit Wöllert, und die familienpolitische Sprecherin, Helga Böhnisch: „Es verwundert nicht, dass es durchaus unterschiedliche Auffassungen zu einzelnen Aspek-

ten gab und gibt. Dies wird z.B. bei der Gegenüberstellung von einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften gegenüber der Unterbringung in Wohnungen deutlich. „DIE LINKE ist der Auffassung, dass Wohnungen eindeutig die bevorzugte Unterbringung sein sollten“, erklärt Birgit Wöllert. Der Verbleib in Gemeinschaftsunterkünften sollte auf ein Mindestmaß – nach der Notwendigkeit im Einzelfall – beschränkt werden. Gute Beispiele aus einzelnen Kreisen zeigen im Übrigen auch, dass Wohnungsunterbringung nicht

zwangsläufig die teure Form ist. „Generell gilt, dass in den Landkreisen und kreisfreien Städten unter den gleichen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen sehr unterschiedliche Ergebnisse erreicht werden. Hier müssen offensichtlich gute Beispiele besser propagiert werden“, fordert Helga Böhnisch. Der Fachausschuss wird sich bis Ende Mai weiter mit den Empfehlungen befassen. DIE LINKE sieht dabei besonderen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Betreuung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge, das sind u.a.

Traumatisierte, Minderjährige, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende und Schwangere. Hintergrund: Im April 2011 hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, die Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung zu überprüfen. An der Erarbeitung der nun vorgelegten Empfehlungen waren auch Nichtregierungsorganisationen beteiligt.

Das Fachgespräch im Sozialausschuss war nach 20 Jahren das Erste zu diesem Thema.

Vorsitz im Migrantinnenbeirat ist wieder besetzt

Der Potsdamer Migrantinnenbeirat hat eine neue Vorsitzende. Hala Kindelberger wurde am 13. März an die Spitze des Gremiums gewählt, das die Interessen der in Potsdam lebenden Migrantinnen seit nunmehr 20 Jahren politisch vertritt. Gleich nach ihrer einstimmigen Wahl erklärte die 41-jährige: „Wir vermissen Olga Schummel und würden uns freuen, wieder mit ihr zusammenzuarbeiten.“ Kindelberger ist gebürtige Ägypterin, lebt seit 1995 in Deutschland. Bereits von 2005 bis 2009 hatte sie den Vorsitz in dem Potsdamer Gremium inne. Die Mutter zweier Kinder hält als Dozentin unter anderem an der Universität Potsdam Seminare zum Thema „Politische Herrschaft“. Sie arbeitet außerdem derzeit an ihrer Doktorarbeit. Im Beirat möchte sie sich für ein Kommunalwahlrecht für Migrantinnen einsetzen. „Solange wir keine Wahlstimme haben, werden wir nicht wahrgenommen“, sagte Kindelberger. Zudem müsse man den Migrantinnen die Integration auf dem Arbeitsmarkt erleichtern: Noch zu oft würden deren ausländische Berufsabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt. „Das weckt Frust und ist der Integration nicht förderlich“, meint Kindelberger. Stellvertretende Vorsitzende des Gremiums bleibt die 62-jährige Dolmetscherin Thi Minh Lien Ngo. (gekürzt aus: PNN/tor)

Der Kulturschwärmer empfiehlt:

1. April: Saisonöffnung, Premiere der Making-of Show zum Film „DIE DREI MUSKETIERE in 3D“, Filmpark Babelsberg

6. April: „Bach – Johannespassion“, Nikolaikirche

7. April: „Eijei - Eier suchen, Kultur finden“, Schiffbauergasse

7. April: Feiertagskonzert „Mozart-Requiem“ Vocalconsort Berlin, Kammerakademie Potsdam, Bernhard Forck, Dirigent, Nikolaiksaal

13. April: „FLO MEGA & THE RUFFCATS: Die wirklich wahre Tour 2012“, Jugendkultur- und Familienzentrum „Lindenpark“

15. April: Vortrag „Friedrich II. und die preußischen Wälder“, Naturkundemuseum Potsdam

15. April: LITERARISCHER SALON: Buchpräsentation „Gedächtnislücken: Zwei Deutsche erinnern sich“ - Egon Bahr und Peter Enskat im Gespräch, Villa Schöningen

17. April: Buchvorstellung: Marion Brasch „Ab jetzt ist Ruhe. Roman meiner fabelhaften Familie“, Villa Quandt

20. April: „Ahne – Zwiegespräche mit Gott“, Waschhaus

21. und 22. April: Tulpenfest im Holländischen Viertel

22. April: Hafenfest zur Flottenparade

22. April bis 3. Juni: Ausstellung Tina Flau, Museumshaus Im Guldernen Arm

24. bis 30. April: 41. Ausgabe von sehsüchte, Internationales Studentenfestival in der HFF und im Thalia Programm Kino

28. April bis 28. Oktober: Ausstellung „FRIEDERISIKO - Friedrich der Große“, Neues Palais

30. April: „Walpurgisnacht - das Hexenspektakel für die ganze Familie“, Belvedere auf dem Pfingstberg

Zehn Jahre Kabarett im Stern*Zeichen

Gelegenheit, um unserem Willi Mikoleit (Foto) danke zu sagen. Vor genau 10 Jahren mit dem Auftritt der Potsdamer Bücherwürmer startete er die Kabarett-Reihe im Stern * Zeichen und mit dem Auftritt der Bücherwürmer am 24. Febr. d.J. schließt sich für unseren Willi der Kreis, denn er hat sein Werk in jüngere Hände gegeben. Entsprechend dem Programm der Bücherwürmer „Endlich wieder Platz im Kopf“ will er sich jetzt mehr Zeit für sein Privatleben gönnen, d.h. mehr Zeit für sich und seine Frau.

Lange hat er mit sich gerungen, um diesen Schritt zu gehen, denn schließlich prägte das Kabarett sein Leben und die Kabarett-Reihe im Stern*Zeichen ist und war sein Werk. Viele der im Stern*Zeichen aufgetretenen Künstler kannte er persönlich und ihre Programme hatte er zum Teil schon gesehen. Oft war es ein Kampf um die Ge-



staltung der Programme, die ihn und auch uns oft zur Verzweiflung brachten, denn die zugewiesenen Gelder für die Veranstaltungen wurden im Laufe der Jahre immer geringer. Doch mit viel persönlichem Einsatz ist es ihm immer wieder gelungen, für anspruchs-

volle Programme zu sorgen. Mit Herzblut und viel Engagement hat er nicht nur um die Künstler, sondern auch um das Publikum geworben. So ist die Kabarett-Reihe zu einem festen Bestandteil im Stern*Zeichen geworden.

Mit dem Auftritt der Bücherwürmer gab es 99 Kabarett-Veranstaltungen mit insgesamt 6.695 Zuschauern. All dies verdanken wir unserem Willi Mikoleit und

seiner Leidenschaft für dieses Genre.

Mit diesen Zeilen, lieber Willi, möchten wir dir noch einmal ganz herzlich danke sagen für deine unermüdliche Arbeit im Sinne des Kabarett am Stern und wir hoffen doch, dass wir ab und an uns deiner Unterstützung gewiss sein können.

*i.A. des Freundeskreises
Gudrun Hofmeister*



Die späte „Huldigung“

Geht es zu Freunden, ist zumeist Potsdamer Rex-Pils im Gepäck. Das überreiche ich dann nicht einfach so: „Na, nun kostet mal wie unser Bier schmeckt“, sondern erzähle dazu eine kleine Geschichte. Sie geht in etwa so: Der siebenjährige Krieg ist gerade beendet, das Volk ausgeblutet und das Staatssäckel schlaff, da beauftragt Friedrich II. den Architekten Büding und später auch Gontard mit dem Bau des Neuen Palais. Es sollte sagen, schaut mal nach Preußen, was de-

ren Glanz und Gloria vermag. Von denen, die den dreigeschossigen 240 m langen Prachtklotz erbauten, werden Architekten, Bildhauer, Hofmaler und auch Gartenarchitekten genannt.

Aber die, die sich krumm buckelten, mauerten, malerten, tischlerten, scheuerten, webten, Fuhr- und Gespanndienste leisteten, blieben namenlos.

Und von ihrer kargen Löhnung wurden zudem noch Steuern erpresst, und es war ratsam, sich



untertänig immer schön tief zu bücken.

Spielten derartige Überlegungen bei den Potsdamer Bierbauern eine Rolle, als sie sich einfallen ließen, den Flaschen und Dosen von Rex-Pils das Bildnis des Königs zu verpassen?

Eigentlich eine geniale Idee. So verbeugt sich der Rex vor den Nachfahren der Geschundenen jedes Mal, wenn der Gerstensaft in Krüge oder Gläser fließt!

Helga Bornstädt, Am Stern

Bäume gefällt für Wohnungen im „Lazarett“

Die Anwohner in der Babelsberger Großbeerstraße haben es zuerst mitbekommen. Bäume wurden engros gefällt. Der Hintergrund: Das denkmalgeschützte Gelände der früheren Potsdamer Stasi-Unterla-

genbehörde, früher auch als „Armeelazarett“ bekannt, wird zum Wohnstandort entwickelt. Die Firma Kirsch & Drechsler Hausbau hat das 2800 Meter große Grundstück an der Großbeerstraße von der

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) gekauft.

Für 13 Millionen Euro soll das denkmalgeschützte Ensemble ab Frühjahr 2013 saniert werden. In rund einjähriger Bauzeit sollen rund

40 Wohnungen in dem ehemaligen Lazarettgebäude entstehen. Zudem wolle er gemeinsam mit der Denkmalpflege den ehemaligen Park auf dem Grundstück „in seinen Grundstrukturen“ wieder anlegen und teilweise der Öffentlichkeit zugänglich machen, kündigte Kirsch an. So werde es einen öffentlichen Fußweg durch den Park geben, der von der Ziolkowstraße zur Großbeerstraße führt. Die ehemaligen Küchenbaracken in der Wildeberstraße sollen abgerissen und die Fläche für den Einfamilienhausbau parzelliert werden. 16 Einfamilienhäuser sollen errichtet werden. Bei dem in Rodung befindlichen Wald handelt es sich Kirsch zufolge um einen Nutzwald, der laut Waldgesetz gerodet werden darf. „Das Bundesforstamt West-Brandenburg beaufsichtigt das“, erklärte Kirsch, der auch für das Bürgerbündnis in der Stadtverordnetenversammlung sitzt.

red/pnn



Wohnst Du schon oder zahlst Du nur?

Immer wieder das Gleiche. Der Blick in den Geldbeutel oder auf den Bankauszug zeigt es: Die Miete steigt und steigt und steigt. In jedem Jahr gruselt es einen, wenn der Termin der Zusendung mit der Betriebskostenabrechnung näher rückt. Wie hoch werden die Nachzahlungen dieses Jahr sein? Welche Betriebskosten sind wieder gestiegen und damit die Vorauszahlungen? Sparen auf die Rente? Unmöglich bei den alltäglichen Steigerungsraten. Umziehen innerhalb Potsdams? Unmöglich bei einem Neuvermietungszuschlag von bis zu 20 % auf die bisherige Miete. Mittlerweile entpuppt sich selbst das Kirchsteigfeld als sozial noch bezahlbarer Wohnraum, WENN man dort wohnen bleibt.

Seit vielen Jahren drängen die Potsdamer Stadtverordneten der LINKEN auf Gespräche mit dem Land was Wohnungsneubau, Belegungsbindungen betrifft. Zahlreiche Beschlussfassungen dazu gibt es. Die letzte Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes mit dem Arbeitstitel „Erschwingliche Mieten auch nach 2012“ wird derzeit in einem Expertengremium diskutiert und soll spätestens Ende des Jahres vorgelegt werden. Aktuell läuft derzeit dazu eine Online-Umfrage, die am Freitag, dem 2. März 2012, von der Stadt und der Projektkommunikation Hagenau vorgestellt wurde. Ergänzend dazu wurde im März 2012 ein Antrag von unserer Fraktion durch die Stadtverordneten mehrheitlich beschlossen, der den Oberbürgermeister damit beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in deren Sitzung am

4. April 2012 einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes der LHP gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011, DS 11/SVV/0542, erfolgen soll.

Ziel dieser direkten Beteiligung ist die Aufnahme der Anforderungen dieser Bevölkerungsgruppe an die städtische Wohnungspolitik der kommenden Jahre.

Dabei sollten die dazu bereits erarbeiteten Positionen, z. B. des Stadtjugendrings, der ASTA und des Archiv e.V., aufgenommen werden.

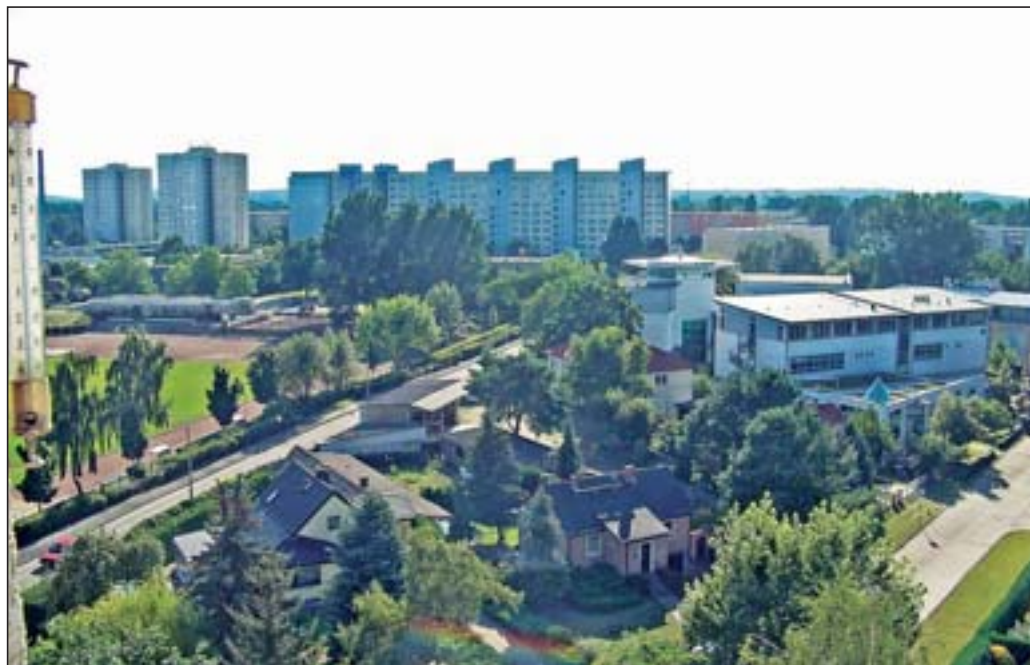
Sie merken, das Thema „Wohnen“ bewegt die Gemüter über

die linke Parteigrenze hinweg. Innerhalb der LINKEN Potsdams hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich im aktuellen Kalenderjahr, sicher auch darüber hinaus, schwerpunktmäßig damit beschäftigt. Und auch diese AG will nicht im eigenen Saft schmoren. Sie bereitet zwei Veranstaltungen vor, die zum Ziel haben, GEMEINSAM mit externen Fachleuten zu diskutieren. Eine erste Verständigung, wie wir das Thema Wohnen für alle, besser, sozialverträgliches Wohnen für alle zu unserem Schwerpunktthema in 2012 machen, erfolgte dazu bereits am 28. Februar. Fragestellungen wie: Welche Schlussfolgerungen folgen aus der Analyse der gegenwärtigen Ist-Situation? Wie kann dies im parlamentarischen Betrieb um-

gesetzt werden? wurden angerissen. Dabei müssen wir die bundespolitischen und landespolitischen Rahmenbedingungen beachten und möglichst auch an deren Verbesserungen mitwirken.

Immer kritisch im Blick bleiben dabei die Ergebnisse des Expertengremiums bei der Stadtverwaltung und der Arbeitskreis „StadtSpuren“. Ohne deren Erfahrungen auf dem Gebiet einer sozialverträglichen Wohnungspolitik können und wollen wir keine Ziele formulieren. Und vielleicht wird es künftig dann heißen: Wohnst Du noch oder lebst Du schon?

Jana Schulze
Sozialpol. Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE



Golmer Bürger wollen an Ortsentwicklung beteiligt werden

Am 13. März fand in Golm eine Einwohnerversammlung zur Information über den Potsdamer B-Plan 129 statt, die Bürgerinnen und Bürger mit einer Unterschriftensammlung eingefordert hatten. Die Stadtverwaltung wurde durch Frau Holtkamp vom Bereich Bauplanung und Herrn Kahle von der Verkehrsentwicklung vertreten. Viele Golmer wie der Ortsvorsteher Ulf Mohr waren der Einladung gefolgt. Mobilisiert hatte vor allem der Arbeitskreis „Die Feldmäcker“, der Bürgerinteressen bündeln und im Planverfahren allgemein verständliche Informationen einfordern will; ihn repräsentierten seine Sprecherinnen Frau Hobohm und Frau Böttge.

In einer lebhaften Debatte äußerten Bürgerinnen und Bürger ihren Unmut über das bisherige Agieren der Stadtverwaltung ohne

zufrieden stellende Einbindung der Betroffenen. Sie forderten ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept für den Ortsteil Golm und monierten beispielsweise den prognostizierten Bevölkerungszuwachs, unzureichende Verkehrslösungen oder eine sinnvolle Einbindung von Gewerbe- und Wohnbebauung in Natur und Landschaft. Die professionelle Moderation konnte nicht über die wenig überzeugende Argumentation der städtischen Vertreter hinwegtäuschen.

Akzeptanz durch Qualität und Transparenz – mitmachen, mitdenken, mitgestalten

Die Vertreter des Arbeitskreises gewannen schließlich eine Mehrheit der Teilnehmer für die Unterstützung des nachstehenden Beschlusstextes.

1. Der Vorentwurf des Bebauungsplans 129 soll mit Hilfe einer städtebaulichen und landschaftlichen Rahmenplanung konkretisiert und qualifiziert werden.

2. Die Öffentlichkeit soll in geeigneter Form in die Erarbeitung der Rahmenplanung einbezogen werden.

3. Die Rahmenplanung soll dazu beitragen, dass eine funktionale Einbindung der künftigen Bebauung in den Landschaftsraum und eine mit dem Umfeld korrespondierende Baumassen- und -höhenverteilung planerisch gesichert wird, verkehrliche Auswirkungen hinreichend quantifiziert werden, ein den Ansprüchen aller Verkehrsteilnehmer gerecht werdendes Erschließungsnetz entwickelt wird und Möglichkeiten der überörtlichen Erschließung des Bereiches „Nördlich In der Feldmark“ festgelegt werden, eine der Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung entsprechende Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur entwickelt wird, die landschaftliche, städtebauliche und verkehrliche Entwicklung des Bereiches „Nördlich In der Feldmark“ verträglich in die Gesamtentwicklung des Ortsteils Golm und der angrenzenden Stadtbereiche von Potsdam integriert wird.

4. Die weitere Bearbeitung des Bebauungsplanes soll transparent gestaltet werden. Ein ständiger Informationsaustausch zwischen Verwaltung, Bürgern, Eigentümern, Ortsbeirat und Standortmanagement ist zu gewährleisten.

5. Über die formalen Beteiligungsinstrumente des BauGB hinaus sollen die weiteren Verfahrensschritte durch öffentliche Informationsveranstaltungen begleitet werden.

Recht auf bezahlbares Wohnen muss Grundrecht werden

Wohnen wird teurer, für viele Menschen zu teuer. DIE LINKE streitet für bezahlbaren Wohnraum für alle und kämpft gegen die Verdrängung einkommensschwacher Mieter aus ihren Kiezen. Eine fatale Entwicklung breitet sich in den Städten aus: Die Mieten explodieren, einkommensschwache Mieterinnen und Mieter werden aus ihren Kiezen vertrieben, an den Stadtrand abgeschoben. Innenstädte bieten nur noch Begüterten bezahlbaren Wohnraum. Allein die Interessen der Vermieter und des Marktes regeln die Mietpreise. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

DIE LINKE will das Gespenst der Zwangsumzüge aus den Städten verbannen. Der Parteivorstand der LINKEN hat einen Beschluss zur Mieten- und Wohnungspolitischen Offensive der LINKEN gefasst. Zentraler Bestandteil dessen ist, der Gentrifizierung, der sozialen Auslese, der Segregation entgegenzuwirken. Allen Menschen überall bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Dazu gehören aus unserer Sicht die Einführung von Mietobergrenzen, die Stärkung der Mieterrechte ebenso, wie Spekulationen mit Wohnraum und der Zweckentfremdung einen Riegel vorzuschieben.

Öffentlicher Wohnungsbau und das Genossenschaftswesen müssen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Letztlich bieten die Kieze und Quartiere für Anwohnerinnen und Anwohner auch die Möglichkeit zu gestalten, so direkt Einfluss auf ihr Umfeld zu nehmen. Diese positiven Einflüsse dürfen Miethaien und Spekulanten nicht geopfert werden.

Wohnen in Potsdam

Für diese Kaltmiete bekommen Potsdamer 2 Zimmer/ca. 64 qm:

485 Euro in der Großbeerstraße/Babelsberg, 3,1 % Anstieg zu 2011

447 Euro im Humboldttring/Zentrum Ost, 3 % Anstieg zu 2011

525 Euro in der Geschwister-Scholl-Straße/P-West, 12,7 % Anstieg zu 2011

520 Euro in der Nördlichen Innenstadt, 5,3 % Anstieg zu 2011

528 Euro in der Nauener Vorstadt, 7,3 % Anstieg zu 2011

410 Euro am Stern, 12,3 % Anstieg zu 2011

Und das legt zum Beispiel ein allein stehender Rentner oder Student für eine 1-Raum-Wohnung mit 45 qm hin (kalt):

538 Euro in Babelsberg-Nord, 2,4 % Anstieg zu 2011

430 Euro in P-West, 12,7 % Anstieg zu 2011

385 Euro im Zentrum, 5,3 % Anstieg zu 2011

345 Euro in Waldstadt, 3,2 % Anstieg zu 2011

320 Euro in Bornim, 25,4 % Anstieg zu 2011

275 Euro in Fahrland, 1,8 % Anstieg zu 2011

(Quelle: immobilenscout24)

Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme

Wie oft sieht man, dass ältere MitbürgerInnen bei einer viel zu kurzen Ampelschaltung im „Schweinsgalopp“ über die Straße rennen müssen. Wenn's ganz schlimm kommt, dann meckern noch zickzack fahrende Radfahrer oder Autos hupen... Das nervt. Und es macht manchem richtig Angst.

Solche Ängste zu nehmen und außerdem tiefgehend aufzuklären hatten sich Senioren der AG Seniorenpolitik der LINKEN mit VertreterInnen der Verkehrswacht Potsdam am 13. März zum Ziel gesetzt. „Sicherheit für Senioren als Verkehrsteilnehmer zu Fuß und mit dem Auto“ – so der Titel der Ver-



anstaltung (Foto). Seit rund einem halben Jahr steigen die Unfälle wieder, betonten die beiden Gäste von der Verkehrswacht. Und das sei ebenfalls seit einem halben Jahr für sie Anlass wieder verstärkt auch in Seniorengruppen zu gehen um dort aufzuklären. Das Verkehrsgeschehen verändere sich ständig, so Dagmar Bernhöft und Eva Hornung. Zum Leidwesen aller Verkehrsteilnehmer gebe es überall Baustellen, und sogar für Fußgänger sei so manche „Hürde“ zu nehmen.

Die Unfallstatistiken weisen gestiegene Zahlen auf. Hauptunfallursachen seien Tempo, Vorfahrt und Alkohol. Immer wieder kämen dazu Medikamente. Die Verkehrswacht rät also, nach der Einnahme mindestens eine Stunde zu warten und erst dann mit dem Auto zu fahren.

Älteren MitbürgerInnen rät die Verkehrswacht auf ihrem Gelände am Bahnhof Pirschheide sich selbst zu testen und zu trainieren. Besonders, wenn man/frau lange nicht gefahren ist.

Nach wie vor gelte der Grundsatz, Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme seien die Grundregeln für das Verhalten im Straßenverkehr, so die Verkehrswacht.

Seniorenbeirat empfiehlt Unabhängige Patientenberatung

Nach einem Gespräch mit der Unabhängigen Patientenberatung in Potsdam will der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt die von ihm vertretenen älteren Potsdamer künftig stärker auf die kostenlosen Unterstützungsangebote der UPD-Beratungsstelle hinweisen. Aufgabe der UPD ist die gesundheitliche Information, Beratung und Aufklärung von Verbrauchern und Patienten in gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen, beispielsweise über die Leistungen der Krankenkassen. Die Beratungen sind für alle Ratsuchenden kostenfrei. Die Beratungsstelle hat in Potsdam ihren Sitz im Gebäude des Hauptbahnhofes, Babelsberger Straße 16 (Erdgeschoss), und ist über Tel. (0331) 200 65 60 erreichbar. Beratungszeiten sind montags und mittwochs von 14 bis 18 Uhr und dienstags und donnerstags von 10 bis 14 Uhr. Fragen, die die Pflege und Pflegeversicherung betreffen, können dort jedoch nicht beantwortet werden. Dafür ist der Pflegestützpunkt Potsdam zuständig, dessen Mitarbeiter unter Tel. (0331) 28922-10/11 erreichbar sind.

Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente!

Für ein gutes Leben im Alter/Notiert von Karl Kreutz

Um sich darüber zu unterhalten und dafür zu streiten, hatte die Arbeitsgemeinschaft (AG) Seniorenpolitik der LINKEN im Januar in die Potsdamer Alleestraße eingeladen. Nicht wenige waren aus Interesse an diesem immer brennender werdenden Thema der Einladung gefolgt. Der große Raum im Haus war gut gefüllt. Die Senioren-AG hatte für diese Veranstaltung einen Fachmann eingeladen: Aus Berlin kam Matthias Birkwald, MdB und rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Eine solidarische Mindestrente als einen Baustein für ein gutes Leben im Alter, frei von Armut, forderte er. „Das Ziel einer vernünftigen Politik der Altersvorsorge ist es, den einmal erreichten Lebensstandard halten zu können und Armut im Alter zu vermeiden“, schlussfolgerte Matthias Birkwald.

Schon vor zehn Jahren, unter der Regierung von SPD und Grünen, wurde das Ziel der Lebensstandard-sicherung aufgegeben, wie auch das der faktischen Armutsvermeidung. Rentenreformen, die danach kamen, hatten den gleichen Zweck, und auch die jetzige schwarz-gelbe Koalition verfolgt in der Rentenpolitik die gleichen Ziele.

Die Renten folgen nicht mehr den Löhnen, was dazu führt, dass die Rente – Birkwald nannte genaue Zahlen – bis zum Jahre 2030 um ein Fünftel entwertet wird. Die aufgerissene Versorgungslücke, so sehen es die Regierenden, soll durch private Rentenversicherungen wie zum Beispiel die Riester-Rente und betriebliche Vorsorge (Betriebsrente) geschlossen werden. Drei-Säulen-Modell, also Anteil aus der Rentenpflichtversicherung, private und betriebliche Vorsorge, nennt man diese Lastenverschiebung zu ungunsten der Rentner. Gewinn bei diesem Modell haben nachgewiesenermaßen eigentlich nur die Unternehmen, weil für sie die Lohnnebenkosten weniger werden.

Wie geht es kommenden Rentnergenerationen? Zu denen, die deutlich weniger zu erwarten haben als die jetzigen Rentner gehören in erster Linie die Frauen, denn noch immer werden sie auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Sie verdienen weniger Geld, haben schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten und arbeiten oft unfreiwillig in Teilzeit.

Gleichzeitig sind sie es, die wegen Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen ihre Erwerbsarbeit

reduzieren müssen. Eine weitere Gruppe, die von Altersarmut bedroht ist, ist die der Langzeitarbeitslosen, Niedriglohnjobber und Leiharbeiter. Auch die Solo-Selbstständigen sind nicht vor einem Armutsrisiko geschützt.

Die Altersarmut ist wieder in der Gesellschaft angekommen, sei es bei dem „einen als Angst um die Zukunft, bei den anderen als heute schon spürbarer Mangel an Einkommen. Vierzehn Prozent der Menschen ab 65 Jahre sind arm“. Deshalb ist DIE LINKE gegen eine Alterssicherung aus steuerfinanzierter Minimalversorgung plus privater Vorsorge. Sie fordert: Gute Arbeit und gute Löhne als Basis für eine gute Rente, denn diese ist ohne gute Arbeit und gute Löhne nicht erreichbar.

Die Rente muss den erarbeiteten Lebensstandard erhalten können. Deshalb setzt sich DIE LINKE für einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn ein, für eine strikte Begrenzung der Leiharbeit und für gleiche Bedingungen für Männer und Frauen.

Statt Kombi-Renten, Grundsicherung und anderes fordert DIE LINKE eine Solidarische Rentenversicherung aus der niemand ausgeschlossen

werden darf und der sich auch niemand entziehen kann. Künftig, so fordert es DIE LINKE, soll jeder Erwerbstätige, Erziehende, Pflegenden und Erwerbslose in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung einbezogen werden.

Die gesetzliche Rente hat einen Mindeststandard für alle Versicherten einzuhalten. Die Teilhabe soll auch im Alter und bei Krankheit nicht enden. Niemand soll im Alter von weniger als 900 EUR leben müssen.

Sie werden nun die Frage stellen, wie das zu erreichen sei. Soll die einzelne Arbeitnehmerin und der einzelne Arbeitnehmer nun mit zusätzlichen oder höheren Beiträgen belastet werden?

DIE LINKE geht davon aus, dass dieses Ziel durch die Solidarität aller zu erreichen ist, „wenn mehr Menschen, sprich alle Erwerbstätigen, Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen und dies auch auf höhere Einkommen tun.“ Zusammenfassend kann gesagt werden: „Die alles bestimmende Grundlage linker Sozialpolitik ist die Würde des Menschen. DIE LINKE vertritt die Überzeugung: Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter.“

Cheer for NS – Potsdamer Neonazi: Mario Schober

Zu einem Artikel der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) vom 14.02.2012

In der Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) vom 14.02.2012, war unter dem Titel „Mario Schober holt gemeinsam mit Sandra Krüger den Landesmeistertitel“, ein Artikel über Mitglieder des Cheerleaderclubs „PCV Potsdam Panthers e.V.“ erschienen. Dieser berichtete über die 21. Cheerleading-Landesmeisterschaften für Berlin und Brandenburg. Auch wird Mario Schober, ein 27-jähriger Protagonist der Cheerleadergruppe, genauer vorgestellt. Er sei seit neun Jahren bei den „Panthers“ und habe bereits einen deutschen (2005) und einen Europameistertitel (2009). Davor habe er Rugby beim „USV Potsdam“ gespielt. Auch beim Fußball-Kreisligisten „Fortuna Babelsberg II“ spiele Schober als Torwart mit. Weiterhin erfahren wir, dass er gelernter Maler und Lackierer ist und zusammen mit seiner Freundin Ann-Susann einen Sohn hat.

Was wir jedoch nicht erfahren ist, dass Mario Schober seit mehreren Jahren in der Potsdamer Neonaziszene aktiv ist.

So beteiligt er sich an Neonaziaufmärschen wie zum Beispiel in Rathenow (18.04.2009) und Neuruppin (05.09.2009) oder fährt zusammen mit weiteren Potsdamer Neonazis zum RechtsRock-Festival „Fest der Völker“ (13.09.2008). Das „FdV“ gilt als inoffizielle Veranstaltung des in

Deutschland seit dem Jahr 2000 verbotenen Neonazinetzwerk „Blood & Honour“.

Weiterhin fiel Schober in der Vergangenheit als gewaltaffiner „Fan“ des Berliner Fußballclubs „BFC Dynamo“ auf, und es ist zu beobachten, dass er sich bei seinen Stadionbesuchen in einem neonazistischen Milieu bewegt.

Auch mit der Potsdamer Neonaziprominenz wie Patrick Danz, dem Sänger der Potsdamer Neonaziband „Preussenstolz“, ist Schober gut bekannt und präsentiert darüber hinaus im Alltag verschiedene Klamotten von RechtsRock-Bands. Oft ist er mit einem T-Shirt der Band „Division Germania“ zu sehen. Diese ist mit Alben wie „...und ewig lebt das Reich“ oder

„Hass schürender Lärm“, zu einer wichtigen Größe in der bundesweiten RechtsRock-Szene geworden.

Dies alles tut Mario Schober jedoch keineswegs als verirrtes Individuum, sondern als überzeugter Neonazi, der in eine organisierte neonazistische Szene in der Landeshauptstadt integriert ist.

Schober ist bei AntifaschistInnen lange als Neonazi bekannt, und auch sein soziales Umfeld wird sein neonazistisches Denken und Handeln zu spüren bekommen. Dennoch besteht sein Bekanntenkreis nicht ausschließlich aus Neonazis, das zeigt seine Einbindung in die oben genannten Sportvereine. Sein sportliches Umfeld weiß mit hoher Wahrscheinlichkeit von

den Aktivitäten Schobers außerhalb der Vereine. Dass dieses wiederum im Alltag kein Thema ist und somit auf eine gefährliche Toleranz stößt, sei, so banal es erscheint, hier noch einmal festgehalten – denn die Integration von Neonazis wie Mario Schober führt zu einer schleichenden Normalisierung von menschenverachtendem Denken und Handeln im Alltag. Dem gilt es sich entschlossen entgegen zu stellen.

Der Artikel mit den dazu gehörigen Bildern ist auch auf der Website von „Antifaschistische Recherche_Potsdam//Umland“ zu finden. <http://arpu.blogspot.eu/2012/02/20/cheer-for-ns-potsdamer-neonazi-mario-schober/>



Jörg Wezel – undercover bei den Nazis

Zu der zweiten Veranstaltung in dieser Informations- und Diskussionsreihe lud der Stadtjugendring am 2. März 2012 ein. Diesmal erzählte der „Undercover“-Antifaschist Jörg Wezel von seiner Arbeit und seinem Leben. Außerdem berichtete die mobile Beratungsstelle Berlin Brandenburg von ihren Erfahrungen. Der Beratungsstelle werden wir einen gesonderten Artikel in einer anderen Ausgabe widmen.

Jörg, ein 1,90m großer Skinhead, blickte zurück wie er als 17-jähriger Schüler in den 80-er Jahren von seiner Antifa-Gruppe als Undercover Agent in die Jugendorganisation der NPD „Junge Nationaldemokraten“ eingeschleust wurde. Dort verblieb er für ca. 1,5 Jahre. Er erzählte von den Mitgliedern, die er kennenlernte, welche aus allen Schichten der Gesellschaft zu kommen schienen. Da waren Handwerker, Arbeitslose, Handwerksmeister, Pädagogen, Anwälte. Er beschrieb, wie er in der internen Rangordnung aufstieg und

wichtige Leute kennenlernte. Wie die Organisation die Menschen in ihrer Ideologie schult und über ihre Strategie, die Gesellschaft zu infiltrieren. So sprach er von der Aktion „Querfront“ in der die Organisation NPD-Kader in andere Parteien eintreten ließ, um deren Meinungsbild zu beeinflussen und natürlich, um zu spionieren. Einmal hatten sie ihm angeboten, die örtliche Antifa zu infiltrieren.. Jörg wurde enttarnt, als ihn Mitglieder der NPD dabei fotografierten, wie er Laternen von Wahlplakaten der NPD säuberte. Seit dem steht er auf der „Abschussliste“ der NPD und ihrer Organisationen. Regelmäßig wurde sein Auto manipuliert, bekommt er Morddrohungen, wird sein Haus attackiert. Jörg lässt sich davon nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Er hat sich, wie er sagt, bewusst auf seinen Antifaschistischen Widerstand eingelassen, macht das aus Prinzip öffentlich und wird diesen Weg nicht aufgeben. Nach seiner Ansicht ist der Antifaschistische Widerstand keine Frage des politi-

schen Standorts, sondern eine Selbstverständlichkeit. Er, ein bekennender Skinhead, machte es sich zur Aufgabe, die Skinheadszene, welche in ihrem Ursprung nichts mit Rassismus, Antisemitismus oder Nationalismus eigen hat (SHARP), von den Nazis zu befreien. Was, jedenfalls zu Teilen, schon gelungen scheint. Welcher Nazi treibt sich heute schon noch als Skinhead rum?

Nach dieser Zeit referierte er seine Erfahrungen auf vielen Veranstaltungen, für jeden, den es Interessierte. Er studierte inzwischen, wie sollte es anders sein, Geschichte. Besonders bemerkenswert ist dabei sicherlich, dass er mit seinen Vorträgen auch immer wieder Veranstaltungen der NPD und ihre Splittergruppen aufsuchte, um dort zu sprechen. Er nahm sich dafür Presseleute mit, wohl wissend, dass er dann wahrscheinlich nicht körperlich angegriffen wurde. Dies endete jäh, als bei einer solchen Veranstaltung der Pressemensch kurzfristig verhindert war. Jörg landete für einige

Wochen im Krankenhaus. Er bildete sich daraufhin als Sozialpädagoge, mit dem Schwerpunkt Erlebnispädagogik, weiter. Seine Arbeit, seine Vorträge, seine Passion – den Antifaschistischen Widerstand – hat er allerdings nie aufgegeben. Er sagte, das Schlimmste für ihn ist nicht die Konfrontation, das Schlimmste ist die Angst vor der Angst. Er bittet alle, die sich für das Thema einsetzen, nie öffentlich zu zeigen, dass sie Angst vor denen haben. Würden sie das tun, wäre der Kampf schon verloren.

Heute arbeitet Jörg Wezel als Streetworker in Gütersloh, hält Vorträge, schult Bundeswehrsoldaten, berät Projekte. Nach der Diskussion im Stadtjugendring ging er mit seiner Frau in Babelsberg etwas essen. Am Tisch nebenan saßen einige Skinheads. „Prost“, rief er ihnen zu und erhob sein Glas. Sie antworteten: „Nur Juden sagen Prost...“

Matthias Lack, Kreisvorstands- und Ortsvorstandsmitglied Mitte

Vereine „PCV Potsdam Panthers“ und „Fortuna Babelsberg“ bisher ohne Reaktion

In einer ersten Reaktion des Vereins „PCV Potsdam Panthers“ auf die Veröffentlichung über das neonazistische Treiben ihres Mitglieds Schober wird erneut deutlich, dass dieser kein ernsthaftes Interesse an einer konstruktiven Auseinandersetzung um dieses Problem hat. Das einzige, was sie verlauten lassen, sind Verharmlosungen und ein schlichtes Abstreiten der Tatsachen. Mario Schober habe in einem Gespräch ... erklärt, dass er damit „nichts mehr zu tun“ habe. Auch wird berichtet, „man habe bei den Panthers ... gewusst, dass der Sportler früher ‚Scheiße gebaut‘ habe“.

Auf der einen Seite wird bestätigt, von den Aktivitäten Schobers gewusst zu haben. Dennoch wird behauptet, dass dieser mit „konkreten Aktivitäten ... im Verein nicht aufgefallen“ sei.

Wenn Mario Schober sich ernsthaft distanzieren möchte, wäre das sehr begrüßenswert. Dennoch ist eine öffentliche Distanzierung bis jetzt nicht bekannt. Neonazistisches Denken und Handeln kann nicht einfach mit dem Satz „Ich habe Scheiße gebaut“ als vergangen gelten. Es fordert im Gegenteil das gesamte Umfeld und die Öffentlichkeit auf, sich aktiv damit auseinanderzusetzen. Wir freuen uns über eine Austritts-



erklärung, die über Lippenbekenntnisse hinausgeht. Der Verein „Fortuna Babelsberg“ äußerte sich offenbar nicht zur Rolle Schobers im Verein und in Potsdams Neonazi-Szene und ist eine Reaktion auf die vorgebrachten Fakten noch immer schuldig. Wir fordern eine ernsthafte, inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Problem, keinen Rechtsstreit oder Schweigen.

<http://arpu.blogspot.eu>

Sudoku

		9	4					
8	3		5	7		6	2	
	9						1	
	5	3		6		1	7	
1								3
	7	9		4		8	2	
	1						9	
7	4		6	2		5	1	
			1	3				

Auflösung März

8	4	9	7	6	1	3	5	2
7	6	3	8	2	5	1	4	9
1	2	5	3	4	9	6	7	8
4	5	8	6	3	7	2	9	1
2	1	6	4	9	8	5	3	7
9	3	7	5	1	2	8	6	4
6	8	1	9	5	4	7	2	3
3	9	2	1	7	6	4	8	5
5	7	4	2	8	3	9	1	6



„Verwunschen ist alles nur zur Hälfte...“

Erfolgreiche Ausstellungseröffnung mit Anita Tack im Haus der LINKEN

Es ist schon zur Tradition geworden, dass der Kreisverband der LINKEN Potsdam gemeinsam mit Anita Tack und ihrem Bürgerbüro anlässlich des Internationalen Frauentages und der Frauenwoche im März eine Ausstellung in der Alleestraße organisiert. Nach Werken von Sabine Raetsch (Potsdam) und Giesela Kurkhaus-Müller (Berlin) in den vergangenen Jahren, konnten wir in diesem Jahr die Potsdamer Künstlerin Heike Isenmann gewinnen. Trotz des Freitagabendtermins kamen am 9. März ab 18 Uhr über 50 Gäste, die die Arbeiten von Heike Isenmann kannten oder kennen lernen wollten. Aus den einführenden Worten von Anita Tack und Marlies Nopens erfuhren

sie Einiges über die Künstlerin und ihre Fotografien, Grafiken, Aquatinten und Collagen. Aber, wie schon erwähnt, verwunschen ist alles nur zur Hälfte. Die verwun-

sene und auch die andere Hälfte harren der Entdeckung durch möglichst viele Besucher. Musikalisch begleitet wurde der Abend von Noriko Seki mit ihrem Akkordeon.



Auf der Vernissage: Anita Tack und die Künstlerin.

Neben den vielen anregenden Gesprächen war ihre Musik zeitweise leider ein wenig in den Hintergrund gedrängt. Vielleicht sollten wir dieser Künstlerin einmal auf einer eigenen Veranstaltung zuhören. Die Ausstellung ist in den nächsten Wochen im Haus der LINKEN zu sehen und unbedingt zu empfehlen. *Verwunschen ist alles nur zur Hälfte...*

... eine kleine Liebesgeschichte an den Alltag von verträumten Seen, romantischen Freundschaften und einsamen Momenten mitten in unserer vollen Zeit..., so der von der Künstlerin selbst gewählte Titel der Ausstellung.

Saisoneneröffnung des Fanfarenzugs Potsdam am 1. Mai

Traditionell beginnt am 1. Mai, 14.30 Uhr, im Sportpark Luftschiffhafen, die Saisoneneröffnung der SG Fanfarenzug Potsdam. Dazu lädt der Fanfarenzug Potsdam alle recht herzlich ein, dabei zu sein, wenn Musiker aller Altersgruppen ihre musikalischen Leistungen im Zusammenspiel mit vielen Variationen zeigen, sowie

auch die Gäste, der Berliner Fanfarenzug und der Fanfarenzug und der Spielmannszug Rückers. Der Fanfarenzug Potsdam hat in 2011 viele neue musikbegeisterte Kinder und Jugendliche dazubekommen. Für diese jungen Mitglieder ist die Saisoneneröffnung der erste große Auftritt vor einem zahlreichen Publikum. Der

Fanfarenzug zeigt, das ist seit über 20 Jahren Tradition, seine neue Show am 1. Mai an der natürlich wieder gefeilt, geändert, umgestellt wurde und auch Neues dazu gekommen ist. Und es ist wieder soweit: In 2012 wird der Fanfarenzug Potsdam wieder die Koffer packen für die Teilnahme an der Weltmeisterschaft

der Marching Show Bands im kanadischen Calgary. Am 1. Mai bekommt der Fanfarenzug Potsdam musikalische Unterstützung vom Landespolizeiorchester Brandenburg. Der Kartenverkauf beginnt ab 1.4.2012. *Tel: 0331 / 97 93 035, E-Mail: info@fanfarenzugpotsdam.de, www.fanfarenzugpotsdam.de*

Spots an und Action!

Filmpark Babelsberg startete am 1. April mit spektakulärer Show in die Saison

Der Filmpark Babelsberg versteht sich seit 20 Jahren als die Erlebnisplattform der Medienstadt und ihrer 100jährigen Geschichte. Alles was zum Film gehört, ist hier für Besucher in Szene gesetzt: Kulissen, Requisiten, Kostüme und technisches Equipment von gestern und heute. Im Atelier der Traumwerker zeigen Kunstmaler, Stuckateure, Kostüm- und Maskenbildner, wie perfekte Illusionen entstehen. Mit wel-

chen Tricks die Film- und Fernsehprofis arbeiten, erfährt der Gast auch in einzigartigen Kulissen und Ausstellungen oder während der Führung in das „Original GZSZ-Aussenset“.

NEU: „DIE DREI MUSKETIERE“

Mit Saisonstart am 1. April präsentiert der Filmpark Babelsberg die Premiere von „DIE DREI MUSKETIERE“ – die Making-of Show. Die neue Man-

tel- und Degenshow entstand in Zusammenarbeit mit Constantin Film und der Stuntcrew Babelsberg unter Verwendung von Originalkostümen und –requisiten. In spektakulärer Kulisse wird der Besucher Teil der packenden Open-Air-Inszenierung aus Stunts, Fechtscenen und Spezialeffekten.

NEU: Audio-Guide-Tour „Film im Ohr!“

Ab diesem Frühjahr bietet der Fil-

mpark seinen Besuchern eine weitere attraktive Möglichkeit, in faszinierende Filmwelten einzutauchen. Sie erfahren mehr zu den Stars und Geschichten hinter den Kulissen und erleben ein echtes Hörkino. Während der ca. 1,5-stündigen Tour werden viele Stationen des Filmparks besucht und Spannendes rund um die Stuntcrew Babelsberg, das Atelier der „Traumwerker“, GZSZ und Co erzählt. Eine Vielzahl an Insider-Informationen macht den Rundgang zu einem unvergesslichen Erlebnis ... Die Audio-Guides werden in den Sprachen Deutsch und Englisch

am neu gestalteten Infopoint im Eingangsbereich angeboten.

NEU: Der „OMA-OPA-ENKEL-TAG“

Montags und freitags können Großeltern ab 65 Jahre mit dem OMA-OPA-ENKEL-TICKET für 34,00 Euro bis zu zwei Enkelkinder im Alter von vier bis vierzehn Jahre kostenlos in den Filmpark mitnehmen.

Wer ohne Enkelkind anreist, ist zu Kesselgulasch oder Flammkuchen im Erlebnisrestaurant „Prinz Eisenherz“ eingeladen.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 10.04.2012, 17.00 – 18.30 Uhr: Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender Bürgerbüro, Galileistraße 37-39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen).

Dienstag, 10.04.2012, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Dienstag, 10.04.2012, 14.30 Uhr: Der Humanistische Verband stellt sich vor – mit Juliane Nitsche. Alleestraße 3.

Donnerstag, 12.04.2012, 18.00 – 20.00 Uhr: Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK. Möglichkeiten und Chancen der Gesundheitspolitik im Land Brandenburg. Dr. Detlef Nakath (Geschäftsführer der RLS Brandenburg, Potsdam) im Gespräch mit Anita Tack (Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg)**

Freitag, 13.04.2012, 08.00 – 12.00 Uhr: Ausgabe: Rathausreport Nr. 3/2012. Stadthaus, Raum 3.107.

Freitag, 13.04.2012: Info-Stände in den Stadtteilen – 14.30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern, 15.30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz, 16.00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II

Freitag, 13.04.2012, 18.00 – 20.00: MEDIEN & KOMMUNIKATION. Irreführung mit Zahlen – der Umgang von Medien und Politik mit der Statistik. Veranstaltungsreihe Gebrauchswerte Medien. Mit Prof. Dr. Gerd Bosbach; Moderation: Dr. Frank Schubert (Michendorf)

Sonabend, 14.04.2012: Info-Stände in den Stadtteilen – 10.00 Uhr Weberplatz / Babelsberg, 10.00 Uhr REWE-Kaufhalle / Zentrum Ost, 10.30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld.

Sonntag, 15.04.2012, 10.00 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“. Bürger-

haus Stern*Zeichen, Galileistraße 37-39,

Montag, 16.04.2012, 14.30 Uhr: „Eine Kreuzfahrt nach Südamerika“, Teil 4, eine Video-Reise mit Karl Kreuzt. *

Dienstag, 17.04.2012, 14.30 Uhr: „Spiel mir eine alte Melodie ...“ Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister. *

Dienstag, 17.04.2012, 18.00 – 20.00 Uhr: MEDIEN & KOMMUNIKATION. Zwischen Infostand und Facebook. Parteien im Wandel der Zeiten. Dr. Andreas Trunschke (Borkwalde) im Gespräch mit Sascha Krämer (Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE.Potsdam)**

Sonabend, 21.04.2012, 15.00 Uhr: Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“ - Live-Konzert. *

Montag, 23.04.2012, 14.30 Uhr: „Kreta – Geburtsort der europäischen Kul-

tur“. Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

Montag, 23.04.2012, 18.00 Uhr: 18 Uhr: Paragraph 175 (Film) Produktionsland: UK, DE, USA. Der Film erzählt Lebensgeschichten von mehreren Männern und Frauen, die von den Nazis wegen ihrer Homosexualität verfolgt wurden. Danach ca. 20.30 bis 22.15 Uhr Filmausschnitte und Diskussion: „Die Klänge des Verschweigens“, Prof. Klaus Stanjek, HFF Potsdam, Präsentation von Fragmenten des gleichnamigen Dokumentarfilms (ca. 30 Minuten). Träger: Filmverband Brandenburg e.V. **

Dienstag, 24.04.2012, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. *

Dienstag, 24.04.2012, 18.00 Uhr: DDR-GESCHICHTE. Potsdamer Intendanten - Ilse Rodenberg (1906 - 2006); Fortsetzung. Mit Claus Dobberke (Regisseur, Potsdam), Irmgard Mickisch (ehemalige Chef-

dramaturgin des Hans Otto Theaters, Potsdam)**

Donnerstag, 26.04.2012, 18.00 Uhr: WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK. Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit und Rechtsprechung. Öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“. Mit Dr. Steffen Hultsch (RA, Potsdam)**

Freitag, 27.04.2012, 19.00 Uhr: „Ein bunter Abend“ - Kabarett im Stern*Zeichen mit dem Ensemble „Weltkritik“ Leipzig. Galileistraße Am Stern.

Montag, 30.04.2012, 14.30 Uhr: „Ein Filmmittag mit Werner Oelschlägel“ *

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonalle Zentrum Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung Dortustraße 53